

Feb 19

Informationen der  
Vereinten  
Dienstleistungsgewerkschaft  
Fachbereich Bund + Länder

INFORMATION

## „Pakt für den Rechtsstaat“ bleibt unvollständig

**Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert mehr Personal auch in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug.**

Am 31. Januar 2019 haben sich die Bundesregierung und die Regierungschefs der Länder auf konkrete Maßnahmen im Rahmen des sogenannten „Pakts für den Rechtsstaat“ geeinigt. Danach unterstützt der Bund die Länder bei der Einstellung von 2.000 neuen Richter\*innen und Staatsanwält\*innen. Die Kosten dafür werden mit rund 400 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt. Die Bundesregierung will den Ländern in zwei Tranchen insgesamt 220 Millionen Euro zuschießen. Die erste Hälfte soll fließen, wenn die Länder nachgewiesen haben, dass sie zusammen ab Januar 2017 1000 Stellen geschaffen haben. Das restliche Geld fließt, wenn bis 2021 alle 2000 Stellen geschaffen sind.

ver.di begrüßt diese Einigung im Grundsatz und wird die Umsetzung in den Ländern kritisch beobachten: „2000 neue Stellen für Richter\*innen und Staatsanwält\*innen stellen einen wichtigen ersten Schritt zur Stärkung der Justiz dar. Angesichts einer zunehmenden Arbeitsverdichtung bei gleichzeitig unzureichenden Personalausstattungen in vielen Gerichten und Staatsanwaltschaften muss hier dringend etwas passieren“, so ver.di-Vorstandsmitglied Wolfgang Pieper.

Maßnahmen zur Stärkung des Rechtsstaats müssen aber nachhaltig sein und dürfen sich nicht auf die nächsten 2 Jahre beschränken. Zudem dürfen sie sich nach Ansicht von ver.di nicht auf neue Richterstellen beschränken. Denn zusätzliche Stellen in Gerichten und insbesondere in den Staatsanwaltschaften führen dort in der Folge insbesondere in der mittleren Beschäftigungsebene zu noch höherer Belastung. Besonders angespannt ist die Personallage derzeit auch bei den Rechts-

pfleger\*innen in den Staatsanwaltschaften.

Im Justizvollzug weist ver.di bereits seit Langem auf eine enorme Überbelastung der Bediensteten durch den seit Jahren eklatanten Personalmangel hin. Zuletzt hatte ver.di im Sommer 2018 in einer Resolution konkrete Maßnahmen der Personalausstattung gefordert.



Foto: Werner Bachmaier

Wolfgang Pieper: „ver.di fordert eine Personalmehrung im Gleichklang. Den neuen Richterstellen müssen rasch entsprechende Zuwächse beispielsweise bei den Serviceeinheiten und Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften, bei Gerichtsvollzieher\*innen, Justizwachtmeister\*innen und im Justizvollzug folgen!“



Bund + Länder

Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft

**Impressum:**  
Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft,  
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.  
V.i.S.d.P. Wolfgang Pieper / Bearbeitung: Christian Hoffmeister

Um diese notwendigen neuen Stellen adäquat mit Personen besetzen zu können, bedarf es keiner teuren Werbekampagnen sondern einer spürbaren Steigerung der Attraktivität einer Tätigkeit im Justizdienst.

Notwendig sind vor allem bessere Einkommensbedingungen für die Beschäftigten! Die derzeit laufende Tarif- und Besoldungsrunde zwischen ver.di und den Ländern bietet dafür eine gute Gelegenheit.

Notwendig sind aber auch gute und gesunde Arbeitsbedingungen! Speziell im Justizvollzug aber auch in anderen Bereichen der Justiz führen Schicht- bzw. Nachtdienste und wachsende Überstundenberge zu großen Belastungen bei den Beschäftigten.

## info

ver.di organisiert Beschäftigte aus der gesamten Justiz in Bund und Ländern. Neben Richter\*innen und Staatsanwält\*innen sind dies Justizbeschäftigte in den Gerichten und Staatsanwaltschaften, Rechtspfleger\*innen, Bewährungshelfer\*innen, Gerichtsvollzieher\*innen, Justizwachtmeister\*innen sowie Beschäftigte des Justizvollzugs.

**Jetzt Mitglied werden!**

## Beitrittserklärung Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

### Vertragsdaten

Titel  Vorname  Name

Straße  Hausnummer

Land/PLZ  Wohnort

### Beschäftigungsdaten

Arbeiter\*in  Beamter\*in  erwerbslos

Angestellte\*r  Selbständige\*r

Vollzeit  Teilzeit Anzahl Wochenstunden:

Auszubildende\*r/Volontär\*in/Referendar\*in

Schüler\*in/Student\*in (ohne Arbeitseinkommen) bis

Praktikant\*in  Dual Studierende\*r  Sonstiges

Ich bin Meister\*in/Techniker\*in/Ingenieur\*in

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße  Hausnummer

### SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft  
Gläubiger-identifikationsnummer: DE612ZZ200000101497  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogene Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

BIC  IBAN

Ort, Datum und Unterschrift

Staatsangehörigkeit

Telefon

E-Mail

PLZ  Ort

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst  Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe  Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe

€

Monatsbeitrag in Euro

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro.

Zahlungsweise

monatlich  vierteljährlich  zur Monatsmitte

halbjährlich  jährlich  zum Monatsende

Titel/Vorname/ Name Kontoinhaber\*in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

Ich möchte Mitglied werden ab

Geburtsdatum

Geschlecht  weiblich  männlich

Ich wurde geworben durch:  
Name Werber\*in

Mitgliedsnummer

Ich war Mitglied in der Gewerkschaft

von  bis

### Datenschutzhinweise

Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an<sup>1)</sup> und nehme die Datenschutzhinweise zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift

<sup>1)</sup> nichtzutreffendes bitte streichen

